

Start mit Unsicherheiten und Kritik



Ob aufgrund des neuen Asylsystems weniger Migranten nach Europa kommen, wird sich erst in den kommenden Monaten zeigen. Foto: Giannis Angelakis/AP/dpa

NIKLAS TREPPNER, - ANNE-BEATRICE CLASMANN - UND LEONIE ASENDORPF

In der EU funktioniert das Asylsystem jetzt nach neuen Regeln. Werden alle Staaten die Vorgaben umsetzen?

BRÜSSEL/BERLIN Die europäische Asylpolitik funktioniert jetzt nach neuen Regeln. Ob dadurch weniger Menschen in Europa Schutz beantragen werden, die eigentlich aus anderen Gründen einreisen, bleibt abzuwarten. Auch Fachleute sind sich nicht sicher, wie sich die neuen Regularien – von Außengrenzverfahren über die Unterbringung in haftähnlichen Unterkünften bis hin zur Mitwirkungspflicht bei der eigenen Abschiebung – in der Praxis auswirken werden.

Viel hängt davon ab, wie sich Italien, Spanien, Griechenland und andere Staaten an den EU-Außengrenzen verhalten. Werden hier in Zukunft tatsächlich alle ankommenden Asylbewerber registriert, inklusive Foto und Fingerabdrücken? Und wird der sogenannte Solidaritätsmechanismus, der auch die Übernahme von Schutzsuchenden aus überlasteten Mitgliedstaaten durch andere EU-Länder vorsieht, funktionieren?

„Marathon, kein Sprint“

Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) gibt sich im ZDF-Morgenmagazin optimistisch. „Wir werden ab jetzt sehen, dass vieles, was bisher nicht mehr funktioniert hat, wieder geht.“ Das System sei funktionsfähig, „ob jedes Land gleich am ersten Tag alles zu 100 Prozent richtig macht, wird man sehen“.

Die EU-Kommission bemühte sich bereits Wochen vor Inkrafttreten der Asylreform, die Erwartungen zu dämpfen. Der 12. Juni markiere nicht das Ende, sondern vielmehr den Beginn der Umsetzung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (Geas). EU-Migrationskommissar Magnus Brunner erklärte, es werde nicht alles von Anfang perfekt funktionieren. Anfang Mai war in einem EU-Bericht zu lesen, es fehlten noch Personal und spezielle Aufnahmezentren für Asylverfahren direkt an den Grenzen, etwa in Griechenland, Italien oder Bulgarien: ausgerechnet da, wo es laut der EU-Grenzschutzbehörde Frontex die meisten irregulären Grenzübertritte gibt.

Dabei gelten die sogenannten Grenzverfahren als entscheidender Baustein der Asylreform, um Sekundärmigration zu verhindern – also dass Asylsuchende nicht nach der Erstregistrierung in einem EU-Land eigenständig in ein anderes Land weiterziehen. Bei geringen Aussichten auf Asyl sollen Flüchtlinge nun direkt an der Grenze festgehalten und von dort auch abgeschoben werden können. Im Gegenzug sollen Staaten mit EU-Außengrenzen und besonders vielen Ankünften von Schutzsuchenden Unterstützung von den anderen Mitgliedsländern bekommen.

Der EU-Bericht von Anfang Mai zeigte zudem, dass manche Mitgliedsländer notwendige Reformen in der nationalen Gesetzgebung nicht abgeschlossen hatten.

Die Bundesregierung muss noch Änderung an dem Gesetz vornehmen, mit dem Geas in deutsches Recht umgesetzt wird. Grund dafür ist eine fehlerhafte Formulierung zur Anwendung der neuen Regeln auf bereits laufende Asylverfahren. Das Bundesinnenministerium prüft eine Übergangsregelung, damit Geduldete aus Herkunftsländern wie Kolumbien und der Türkei, ihre Arbeit beziehungsweise ihre Ausbildung nicht beenden müssen.